

Pressemitteilung
27.07.2026



Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan Saarländisches Innenministerium will uneingeschränkt nach Afghanistan abschieben

„Das Saarländische Innenministerium unter der Leitung von Reinhold Jost (SPD) scheint dem Abschiebewahn vollkommen verfallen zu sein“, erklärte Peter Nobert vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates e.V. angesichts der Entscheidung des saarländischen Innenministeriums, ab sofort wieder nach Afghanistan abschieben zu wollen. Davon betroffen sind alle, *„die vollziehbar ausreisepflichtig sind“* und nicht nur diejenigen, die behördlich als Straftäter eingestuft werden.

„In Afghanistan gibt es schwere Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe durch Taliban-Vertreter, u.a. gegenüber Mitgliedern der bisherigen Sicherheitskräfte und Regierung, aber auch gegen Zivilisten. Es besteht die Gefahr, Opfer willkürlicher Inhaftierungen zu werden“, so die Einschätzung des Auswärtigen Amtes in seinen Reise- und Sicherheitshinweisen zu Afghanistan. Trotzdem soll nach Afghanistan abgeschoben werden.

„Wir weisen den staatlichen Zynismus zurück, der bei Abschiebungen mit Rechtsstaatlichkeit argumentiert und sie bei der Frage, wohin abgeschoben werden soll, ignoriert“, so Peter Nobert weiter. „Reinhold Jost ist durchaus die katastrophale Menschenrechts- und Sicherheitslage in Afghanistan bewusst. Um so schlimmer, dass er bereit ist, die Brandmauer gegenüber dem kriminellen islamistischen Regime einzureißen und Menschen dorthin abzuschieben.“

„Es darf keine Abschiebungen nach Afghanistan geben und die Zusammenarbeit mit dem Terrorregime der Taliban muss beendet werden“, so Peter Nobert abschließend. „Statt in Bezug auf Abschiebungen immer nur dicke Arme zu machen, wäre ein Abschiebestopp ein humanes Zeichen der Entwarnung gegenüber den zutiefst verunsicherten Betroffenen. Flüchtlingspolitik heißt für uns Willkommen, Teilhabe und Perspektive und eben nicht Abschottung und Abschiebungen um jeden Preis. Für die Saar-SPD ist das leider keine Selbstverständlichkeit mehr.“

Zum Hintergrund: Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 waren Abschiebungen nach Afghanistan zunächst ausgesetzt. Der erste Abschiebeflug dorthin fand im August 2024 statt. Mittlerweile finden Abschiebungen nach Afghanistan regelmäßig statt. Davon betroffen waren bisher Geflüchtete, die als Straftäter eingestuft wurden. Diese Einschränkung ist im Juli 2026 gefallen. <https://tinyurl.com/mskjj7zw>
In den Reise- und Sicherheitshinweisen des Auswärtigen Amtes zu Afghanistan heißt es u.a.: *„... Die Gewaltkriminalität hat zugenommen, es besteht die Gefahr einer Entführung oder willkürlicher Inhaftierung. (...) In Kabul und anderen Landesteilen werden immer wieder schwere Anschläge verübt, die zahlreiche Todesopfer und Verletzte fordern. Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle und Entführungen gehören seit Jahren in allen Landesteilen von Afghanistan zum Alltag und richten sich auch gegen ausländische Staatsangehörige. (...) Daneben gibt es ein hohes Maß an Alltagskriminalität und organisierter Kriminalität in den Städten.“*

Kaiser Friedrich Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Dienstag: 13 –17 Uhr

Vorstand:
Dilan Akdogan
Elke Klein
Peter Nobert
Tobias Schunk

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
IBAN: DE14 5935 0110 0200 6309
86
BIC: KRSAD55XXX